



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei, Barbara Fuchs, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Tessa Ganserer, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Fördermittelvergabe für digitale Innovationen an ökologische Kriterien knüpfen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit die Förderprogramme im Rahmen der Mittelstandsoffensive als Teil der Hightech Agenda um ökologische Kriterien, die sich an den Pariser Klimazielen und den Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen ausrichten, ergänzt werden müssen. Konkret soll geprüft werden, inwieweit die Fördermittelvergabe mit Blick auf die Ausgestaltung des Förderprogramms sowie auf die Empfängerinnen und Empfänger der finanziellen Mittel mit ökologischer Verantwortung und gegebenenfalls mit entsprechenden konkreten Vorgaben (beispielsweise Klima-, Ressourcen- und Umweltschutz, Ressourceneffizienz, Energieeffizienz, CO²-Neutralität, vorhandene Nachhaltigkeitsstrategie, Einsatz von klimaschonenden Materialien) verknüpft werden kann.

Begründung:

Die Staatsregierung ist bemüht, sich als klimafreundliche und -bewusste Akteurin darzustellen und betont immer wieder die Chancen einer nachhaltigen Digitalisierung. Mit dieser Auffassung ist sie nicht allein, auch die Bundesregierung und die EU-Kommission haben bereits auf die wichtige Funktion, welche technologische Innovationen und Digitalwirtschaft für die Transformation zu einem ökologischen und nachhaltigen System innehaben, hingewiesen. Auf begrüßenswerte, verbale Ankündigungen müssen allerdings entsprechende Handlungen folgen.

In dem vom Staatsministerium für Digitales in Auftrag gegebenen Gutachten „Digitale Transformation Bayerns“ (Deloitte, Juli 2019) wurde als eines von vier Querschnittsthemen die ökologische Nachhaltigkeit durch Digitalisierung untersucht und festgestellt, dass Aspekte wie Ressourcen-, Klima- und Umweltschutz in den Maßnahmenpaketen der Staatsregierung „BAYERN DIGITAL I und II“ nur eine implizite Rolle spielen. Die Autorinnen und Autoren sehen die Staatsregierung vor der Aufgabe, insbesondere Mobilitätsthemen wie Elektromobilität, öffentlichen Personennah- und Regionalverkehr sowie urbane Mobilitätskonzepte noch visionärer anzugehen, um existierende Ansätze weiterzuentwickeln.

Die Autorinnen und Autoren verweisen zudem auf die Verantwortung der Staatsregierung, Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die Möglichkeiten der digitalen Transformation vollumfänglich auch im Sinne der ökologischen Nachhaltigkeit genutzt werden können. Eine Empfehlung aus dem Gutachten betrifft die Überarbeitung und Anpassung von Regelungen zur Vergabe relevanter Fördermittel an Unternehmen, sodass

innovative Lösungen, die beispielsweise Energie und Emissionen einsparen, besondere Unterstützung erfahren. Umso verwunderlicher ist es, dass diese Empfehlungen in der Hightech Agenda sowie der Hightech Agenda Plus keine Anwendung fanden.

Als Bestandteil der Hightech Agenda stellt die Mittelstandsoffensive (welche einen Digitalfonds, Start-up Fonds und Automobilfonds umfasst) 400 Mio. Euro zur Verfügung. Damit soll u.a. die bayerische Wettbewerbsfähigkeit weiter ausgebaut und für die Zukunft gesichert werden. Allerdings ist für eine wettbewerbsfähige Zukunft die ökologische Nachhaltigkeit unabdingbar. Die Staatsregierung hat keine ökologischen Kriterien für die Vergabe von Geldern aus den Fonds beschlossen, wie sie in der Beantwortung einer Schriftlichen Anfrage bekennt (Drs. 18/9456, https://www.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblge_WP18/Drucksachen/Schriftliche%20Anfragen/18_0009456.pdf). Im Rahmen der Hightech Agenda insgesamt gibt die Staatsregierung zu, keine konkreten Maßnahmen im Hinblick auf eine ökologische Digitalisierung zu ergreifen.

Die Bereiche Digitalisierung und Nachhaltigkeit müssen intensiver zusammengedacht werden, damit die volle Bandbreite an Potenzialen und Chancen, die immer wieder betont werden, tatsächlich realisiert werden. Wenn Fonds für digitale Entwicklungen, Start-ups und die Automobilbranche, die wichtige Zukunftstechnologien voranbringen sollen, aufgesetzt werden, dürfen Anreize in Richtung ökologischer, nachhaltiger Lösungen nicht fehlen. Digitale Technologien können ein Hebel zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz sein, aber das ist nicht automatisch der Fall. Wir brauchen für die Wirtschaft klare Rahmenbedingungen, Vorgaben und Zielsetzungen, ansonsten kommt es beim digitalen Fortschritt zu schädlichen Rebound-Effekten – wodurch die Digitalisierung nicht zur umweltschonenden Segnung, sondern zum Klimakiller wird. Der Staat muss nachhaltige Impulse in Bereichen wie Digitalisierung, Innovation, Ressourceneffizienz und Wettbewerbsfähigkeit setzen, die nachhaltiges Wirtschaften und nachhaltige Innovationen anstoßen und beschleunigen. Dieser wichtigen Rolle wurde in der Hightech Agenda sowie der Hightech Agenda Plus leider nicht Rechnung getragen. Solche Chancen dürfen nicht noch einmal verpasst werden.